

Der Bürgermeister führt kurz in das Thema ein. Die Stellungnahme zum Nachtragshaushalt stehe in der kommenden Ratssitzung an. Die Entscheidung über die Beteiligung an der Rhenag liege letztendlich beim Kreistag.

Herr Strack verweist auf die am vergangenen Freitag stattgefundene HVB-Konferenz, an der er teilgenommen habe. Hieraus hätten sich weitere Informationen ergeben, die den RM heute per Mail zugegangen seien. Am kommenden Mittwoch werden sich die Kämmerer mit der Thematik befassen. Nach alledem werde man ggf. am kommenden Montag in der Ratssitzung einen Entscheidungsvorschlag vorlegen können – unabhängig von der politischen Willensbildung.

Herr Gräf nimmt Stellung und erklärt, dass sich seine Fraktion hierzu Gedanken gemacht habe. Er schildert das vorgesehene Aktiengeschäft auf Kreditbasis und die bisher genannte erwartete Dividendenausschüttung. Ordnungspolitisch gesehen habe sich der Rhein-Sieg-Kreis auf seine Dienstleistungsaufgaben und die Dienstaufsicht über die Kommunen zu beschränken und sich nicht wirtschaftlich zu betätigen. Wolle man energiepolitisch tätig werden, solle dies auf Ebene der betroffenen Kommunen stattfinden. Eine Konkurrenz durch den Rhein-Sieg-Kreis sei diesbezüglich eher hinderlich. Außerdem schätze man die Einflussmöglichkeiten des Kreises bei der Rhenag eher gering ein. Finanzpolitisch gesehen sei ein Aktienkauf auf Kreditbasis Spekulantentum. Im derzeitigen Stadium der noch unbewältigten Energiewende seien verlässliche Gewinnprognosen eher Kaffeesatzleserei und die Risiken kaum einschätzbar. Außerdem könne die Aktion zum Boomerang werden. Der Kreis sitze noch auf ca. 32 Mio. Euro Wertverlust aus dem RWE-Aktien-Erwerb. Nach alledem sei die FDP der Meinung, vom Aktienerwerb Abstand zu nehmen. Sollten bis zum Rat nicht noch wesentliche andere Erkenntnisse hinzukommen, werde man vorschlagen, das Benehmen mit dem Nachtragshaushalt des Kreises nicht herzustellen.

Herr Dr. Peeters erklärt, dass die SPD dem ebenfalls nicht zustimmen werde aus zuvor von Herrn Gräf vorgetragenen Gründen. Es mache keinen Sinn, Geld von den Gemeinden über die Umlage zu fordern, um Aktien zu kaufen, die am Ende in Konkurrenz zu den einzelnen Stadt- oder Gemeindewerken ständen. Andere Beispiele zeigten, dass man sich von der spekulativen Mentalität verabschieden solle. Die SPD sei ganz klar gegen dieses Geschäft.

Herr Sonntag erklärt, dass das Geschäft mehrere Facetten habe.

- Der betriebswirtschaftliche Aspekt sei zum heutigen Zeitpunkt sicher schwierig zu beurteilen und zu prognostizieren. Die Fachkunde liege diesbezüglich beim Kreis und man müsse sich im Grunde hierauf auch ein Stück weit verlassen können.
- Die Rhenag sei im Gegensatz zu RWE ein überschaubarer, regionaler Anbieter. RWE sei in seinen Strukturen immer größer geworden und man habe das Mitspracherecht im Grunde verloren. Bei der Rhenag sei dies noch nicht so weit und vielleicht könne man wieder ein Stückweit zur Rekommunalisierung beitragen mit einem gewissen Mitspracherecht. Der Aspekt der Versorgungssicherheit sei ebenfalls nicht unerheblich.
- Damit einher gehe ein Mitspracherecht bei der Preispolitik.
- Außerdem gebe es den umweltpolitischen Aspekt. Mit der Rhenag seien alternative Handlungsfelder besser umsetzbar. Schon der Vertrag mit der Entwicklungsgesellschaft verdeutliche, dass man die Rhenag als Partner bei der Energiewende nutzen könne

Nach alledem mache es Sinn, solche Unternehmen nicht in börsenorientierte Strukturen abdriften zu können. Aus genannten Gründen könne man sich damit anfreunden.

Herr Langer erklärt, dass er sich hier und heute nicht positionieren werde. Die Sache habe einen finanzpolitischen Aspekt. Als Beispiel nennt er die nicht voraussehbare Zinsentwicklung. Den energiepolitischen Aspekt wolle er in der Ratssitzung diskutieren. Dann lägen erst alle Fakten vor.

Herr Strack geht auf das Finanzierungsmodell ein und erklärt, dass demnach nach den ersten zehn Jahren bereits 70 % des Gesamtvolumens bezahlt seien.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht mehr.